

Interpellation Fraktion FDP (Philippe Müller): Werkplatz Bern – Verliert die Stadt Bern noch ein weiteres Unternehmen?

Das Unternehmen Vetrotech Saint-Gobain International AG, vormals Giesbrecht AG und seit 1884 (!) in Bern ansässig, verarbeitet, angrenzend zum Schlachthofareal, hochwertiges Sicherheitsglas und beschäftigt dort über 100 Mitarbeitende! Die Verarbeitung erfolgt emissionsfrei. Die Stadt Bern hat nun aber den Baurechtsvertrag mit der Vetrotech Saint-Gobain International AG gekündigt, „aus zonenplanerischen Gründen“. Es droht somit ein erzwungener Wegzug des Unternehmens spätestens 2015. Gespräche mit Behördenvertretern haben offensichtlich und erstaunlicherweise kein positives Resultat erbracht. Bei einem Wegzug gingen nicht nur die lokalen Arbeitsplätze verloren. Auch der Steuerertrag der Stadt aus jährlichen Reinerträgen im zweistelligen Millionenbereich müsste Grund genug sein für echte Bemühungen seitens der Stadt Bern. Das kurzfristige Minimalziel müsste es nun sein, das Unternehmen anzubinden, um Zeit zu gewinnen – jetzt erst recht, wo sich wirtschaftlich düstere Zeiten ankündigen –, zum Beispiel mittels Verlängerung des Baurechtsvertrags („Provisorium“). Mittelfristig könnte auch eine gezielte Zonenplanänderung ein Thema sein. Sie liesse sich problemlos umsetzen.

Westlich der betroffenen Parzelle erstreckt sich die „Prärie des Schlachthofareals, die exklusiv für „Dienstleistung“ vorgesehen ist und bis jetzt – nach zwei Jahren auf dem Markt – angeblich gerade mal zwei „Interessenten“ vorzuweisen hat. Östlich angrenzend ist die ursprüngliche Gewerbezone. Deren Grenze müsste für eine Zonenänderung leicht verschoben werden. Dazu wäre die Firma sogar bereit, eine Änderung der Anordnung der Gebäude vorzunehmen. Lösungsmöglichkeiten wären also genügend vorhanden.

Die Frage ist, ob man es sich leisten will und kann, ein weiteres rentierendes Unternehmen einfach so wegziehen zu lassen, bei dem der französische Konzern gar bereit wäre, für weitere Jahre in Maschinen und in Bauten (und Menschen) zu investieren – was ebenfalls wiederum Arbeitsplätze generieren würde.

Zieht das Unternehmen jedoch weg, so wird es sich nicht nur aus Bern verabschieden, sondern diese Arbeitsplätze wären in der Schweiz wahrscheinlich endgültig verloren, da eine Neu-Ansiedlung eher im Elsass oder in Polen stattfinden würde, wo man das Unternehmen mit Handkuss empfangen würde.

Wir richten folgende Fragen an den Gemeinderat:

1. Weiss der Gemeinderat, dass Vetrotech Saint-Gobain International AG aus Bern wegziehen muss und damit über 100 Arbeitsplätze und Steuereinnahmen in Millionenhöhe verloren gehen? Zudem die Gemeinde die Hälfte des Verkehrswertes der Gebäude entschädigen muss sowie die Abbruchkosten tragen muss („Heimfall“)?
2. Was hat der Gemeinderat (und die Wirtschaftsförderung) dagegen unternommen? Hatte er damit bis jetzt Erfolg? Falls nein – warum nicht?
3. Was unternimmt der Gemeinderat noch in dieser Angelegenheit?
4. Wie gedenkt der Gemeinderat, allfällige Ausfälle zu kompensieren? Hätte der Gemeinderat hierfür auch schon einen „Ersatz“?
5. Wie viele Unternehmen sind in den letzten 4 Jahren von Bern weggezogen? Mit wie vielen Arbeitsplätzen? Wie viele Unternehmen sind in den letzten 4 Jahren neu nach Bern zugezogen? Mit wie vielen Arbeitsplätzen? Wie kommentiert der Gemeinderat diese Bilanz?

6. Wie verträgt sich diese Entwicklung mit den schönen Parolen des rot-grünen Gemeinderates „Bern muss weiter investieren, Wachstum fördern und Arbeitsplätze sichern“?
7. Sind dem Gemeinderat weitere Beispiele aus der Schweiz bekannt, wo infolge Kündigung durch die Regierung Arbeitsplätze vernichtet werden?

Bern, 13. November 2008

Interpellation Fraktion FDP (Philippe Müller, FDP), Dannie Jost, Peter Bühler, Dolores Dana, Christoph Zimmerli, Anastasia Falkner, Ueli Haudenschild, Yves Seydoux, Jacqueline Gafner Wasem, Markus Kiener, Bernhard Eicher, Peter Bernasconi, Thomas Weil, Roland Jakob, Rudolf Friedli, Ueli Jaisli, Beat Schori

Antwort des Gemeinderats

Vorgeschichte

Die Stadt und der Kanton Bern pflegten in den letzten zwei Jahrzehnten einen intensiven Kontakt mit der Unternehmung Vetrotech Saint-Gobain International AG. Mehrere Volkswirtschaftsdirektoren, Stadtpräsidenten, Finanzdirektoren und -direktorinnen sowie Wirtschaftsamt, Liegenschaftsverwaltung und kantonale Wirtschaftsförderung nahmen sich regelmässig den Anliegen der Firma an. Im Laufe dieser Kontakte wurde die Firma auch immer frühzeitig über die einzelnen Schritte der Planung „Wankdorf-City“ orientiert. Im Zusammenhang mit ihrem letzten Investitionsvorhaben wurden die mit der Stadt bestehenden Baurechte auf Wunsch der Firma auf das Ablaufdatum 2015 koordiniert. Die Unternehmensleitung gab mehrmals bekannt, dass dies ihren Bedürfnissen entspreche, da 2015 das Ende der Lebensdauer der Investitionen erreicht und aufgrund der Produktionskosten in der Schweiz sowie der Investitionspolitik des weltweit tätigen Konzerns eine Neuinvestition am Standort Bern undenkbar sei.

Im Frühsommer 2008 zeigte die Firma dann doch Interesse an einem Ersatzstandort in Bern. Die Angelegenheit war deshalb auch mehrmals Thema anlässlich der Quartalsgespräche zwischen Volkswirtschaftsdirektor, kantonaler Wirtschaftsförderung, Stadtpräsident, Direktor für Sicherheit, Umwelt und Energie sowie Wirtschaftsamt. In enger Zusammenarbeit zwischen Kanton und Stadt wurde ein zweistufiges Vorgehen gewählt. Zuerst klärte das Wirtschaftsamt die Standortmöglichkeiten in der Stadt und der Region Bern ab. Anschliessend erarbeitete die Wirtschaftsförderung des Kantons Bern eine Gesamtofferte für die Realisierung einer neuen Produktionsstätte, mit Einbezug der kantonalen Förderleistungen. Zur Offerte erfolgte seitens der Firma keine Reaktion. Erst nach mehrmaligen Rückfragen gab die Firma bekannt, die Konzernleitung habe aus konjunkturellen Gründen (der Saint-Gobain-Konzern ist stark von der Automobilindustrie abhängig) einen Investitionsstopp verfügt, ein neuer Standort könne also nicht realisiert werden. Seitens Stadt Bern nahm sich die Direktion für Finanzen, Personal und Informatik der Angelegenheit an und mit der Firma Kontakt auf, um nach einer Lösung am heutigen Standort zu suchen. Die Verhandlungen sind noch im Gang.

Entgegen den Aussagen der Interpellanten liegen für das neue Wirtschaftsviertel Wankdorf-City nicht lediglich zwei Interessenten vor. Richtig ist, dass mit zwei Partnern (Losinger und SBB-Immobilien) für rund 80% der Baufelder entgeltliche Reservationsvereinbarungen abgeschlossen wurden. Die zwei Partner haben die Auflage, einen Wettbewerb auf eigenes Risiko und voller Kostentragung durchzuführen. Der Wettbewerb Losinger ist bereits juriert, derje-

nige der SBB wird im Sommer abgeschlossen sein. Allein auf Grund der zurzeit vorliegenden Interessenten könnte das geplante Nutzungsmass erheblich übertroffen werden.

Gestützt auf die Vorbemerkungen beantwortet der Gemeinderat die Fragen wie folgt:

Zu Frage 1:

Bis vor kurzer Zeit liess die Firma gegenüber der Stadt Bern verlauten, dass für sie ein Verbleib am Standort Bern nach 2015 nicht in Frage komme.

Zu Frage 2:

Die Möglichkeiten für einen Verbleib am heutigen Standort werden heute, nachdem feststeht, dass die Vetrotech gerne am bestehenden Standort festhalten möchte, geprüft. Es liegt ein Projekt für die Umplatzierung bzw. Erweiterung am bestehenden Standort vor. Eines der beiden heutigen Baurechtsgrundstücke müsste dabei auf den nordöstlichen Teil verlegt werden, das zweite Baurecht würde ordentlich (2015) oder vorzeitig (vor 2015) beendet (sog. Heimfall). Für ein bestehendes und laufendes Baurecht eines Dritten muss bei dieser Verlegung der vorzeitige Heimfall herbeigeführt werden. Entsprechende Verhandlungen wurden anfangs Februar 2009 aufgenommen. Zu beurteilen gibt es demnach zwei vorzeitige Heimfallstatbestände (Baurecht eines Dritten und Baurecht `Vetrotech-West`). Die Ergebnisse dieser Bewertungen fliessen anschliessend in einen Bericht der Liegenschaftsverwaltung ein, welcher die folgenden drei Lösungsvarianten und die jeweils daraus entstehenden Konsequenzen für die weitere Entwicklung von WankdorfCity darstellt:

- Verlängerung Baurecht und Mietvertrag um 5 bis 10 Jahr am heutigen Standort
- Verlängerung Baurecht über rund 30 Jahre (Angleichung an Baurechtsdauer Nachbarsparzellen der Burgermeinde) mit Verlegung innerhalb des bestehenden Areals in Richtung Nord-Osten
- keine Verlängerung Baurecht über das Jahr 2015 und Verlegung an einen Ersatzstandort.

Zu Frage 3:

Geprüft werden derzeit mögliche Ersatzstandorte. Konkret geht es um ein bestehendes Baurecht, welches allenfalls wegen vorzeitigem Heimfall seitens des jetzigen Baurechtnehmers frei werden dürfte. Publizität ist wegen der Vertraulichkeit des Geschäfts noch nicht möglich. Besichtigungen finden statt, sobald ein definitiver Entscheid über die Standortaufgabe gefällt worden ist.

Zu Frage 4:

Trotz verschiedener Wegzüge von Firmen hatte die Stadt Bern in den vergangenen Jahren kaum je nennenswerte Leerstände und immer einen Zuwachs an Arbeitsplätzen zu verzeichnen. Dies bedeutet, dass attraktive Arbeitsflächen immer rasch neue Nutzer fanden. Die Stadt Bern ist übrigens die einzige grössere Schweizer Stadt, die mehr Arbeitsplätze als Wohnplätze beherbergt. Wenn einzelne Firmen in die Region wegzogen, handelte es sich mehrheitlich um gewerbliche Unternehmungen, die am bisherigen Standort keine Erweiterungsmöglichkeiten hatten oder aus anderen Gründen (Verkehrerschliessung, Lärmemissionen usw.) einen neuen Standort in der Region suchten (auf Stadtgebiet gibt es praktisch keine industriell-gewerblichen Standorte mehr, bzw. haben die verbleibenden Grundstücke ein Preisniveau, das für viele Branchen nicht verkraftbar ist). Vereinzelt verliessen auch Dienstleistungsunternehmen, die grosse Flächen suchten, die Stadt - in den meisten Fällen auch mangels Standortalternativen auf Stadtgebiet. Mit der Planung „Wankdorf-City“ entsteht für die Stadt nach langer Zeit erstmals wieder die Möglichkeit, grosse Dienstleistungsflächen auf Stadtgebiet anzu-

bieten und damit Berner Firmen Weiterentwicklung oder Konzentration an einem Standort zu ermöglichen und neue Firmen anzusiedeln.

Zu Frage 5:

Die Zahl der Arbeitsplätze wird jeweils alle 10 Jahre mit der Betriebszählung erhoben, der nächste Termin ist voraussichtlich 2015. Wie vorgängig erwähnt, waren in der Stadt Bern in den letzten Jahren kaum je grössere Arbeitsraum-Leerstände zu verzeichnen. Marktfähige Leerflächen in bestehenden Gebäuden und in Neubauten wurden jeweils in relativ kurzer Zeit belegt. Zudem waren die Firmen in den vergangenen Jahren immer bestrebt, ihre Flächen dichter zu nutzen, so dass immer mehr Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen auf den bestehenden Flächen arbeiteten. Zusätzlich zu beachten ist, dass verschiedene Aus- und Neubauten realisiert wurden, die auch ihre Nutzungen fanden. Vor diesem Hintergrund kann davon ausgegangen werden, dass die Zahl der Arbeitsplätze in der Stadt Bern in den vergangenen Jahren zunahm. Über Firmenbewegungen gibt es keine offiziellen Daten. Seit Anfang 2007 erstellt aber das Wirtschaftsamt eine Auswertung des SHAB für Stadt und Region Bern. Die Bilanz der Firmen sieht dabei wie folgt aus: 2007 standen 47 Zuzüge in die Stadt Bern 3 Wegzügen gegenüber, im Jahr 2008 waren es 63 Zuzüge und 9 Wegzüge.

Zu Frage 6:

(vgl. Antwort zu Frage 4)

Zu Frage 7:

Der Firma wurde kein Vertrag gekündigt (vgl. hierzu Kapitel „Vorgeschichte“).

Bern, 11. März 2009

Der Gemeinderat